

Frankfurt am Main, den 13. Oktober 2020

Pressemitteilung: Der elternbund hessen erklärt: Keine Verlängerung der Weihnachtsferien – keine Schulschließungen.

Der elternbund hessen (ebh) lehnt den Vorschlag der Bundestagsabgeordneten Ploß (CDU) und Pilsinger (CSU) die Weihnachtsferien zu verlängern ab.

Schon jetzt haben Eltern mit den teilweisen Corona bedingten Schließungen Schwierigkeiten, ihre Kinder zu Hause zu betreuen. Die Mehrheit der Eltern mit Schulkindern seien berufstätig und hätten nur begrenzt Urlaub zur Betreuung der Kinder zu Hause. Hinzu komme, dass die Kultusminister ein halbes Jahr nach dem ersten Lock-Down immer noch kein Konzept vorgelegt hätten, wie der zu der Zeit bereits ausgefallene Stoff nachgeholt werden könne. Immer mehr Eltern beklagen sich, dass ihre Kinder hinterherhinken.

Im wiederaufgenommenen Unterricht nach den Sommerferien sei man wohl davon ausgegangen, dass die Eltern den ausgefallenen Unterrichtsstoff als ihre Hausaufgabe übernommen hätten. Der ebh habe aber bereits zu Beginn des „Homeschoolings“ gefordert, dass die Kinder hinsichtlich des Versäumten überprüft und individuelle Förderpläne bekommen sollten. Ganz im Gegenteil: sie erhielten jetzt statt Notenbefreiung „Coronanoten“. Untersuchungen hätten gezeigt, so der ebh, dass 30% der Kinder während ihrer Abschottung nicht hätten erreicht werden können. Die Kultusminister stünden hierzu in der Verantwortung.

Der ebh appelliert an die Politik, sich an die Erschöpfung der Eltern in diesem ersten Lock-Down zu erinnern. Insbesondere die Mütter hätten die Kinder unterschiedlichen Alters, während des eigenen Homeoffices versorgen müssen. Hinzu gekommen sei die Erledigung der von der Schule übermittelten Aufgaben. Kinderpsychologen hätten sich für die „Freilassung“ im ersten Lock-Down einsetzen müssen, weshalb es nicht erneut zu einem Wegschließen von Kindern in dieser Krise kommen dürfe. Der ebh weist darauf hin, dass einige Eltern mittlerweile ihren Job verloren hätten und mit oder ohne Corona nicht in den Urlaub führen. Die Politik solle sich deshalb schützend vor die Familien stellen, statt weitere Opfer von ihnen zu fordern. Kinder hätten Rechte, so der ebh, und er verweist auf die UN-Kinderrechte: Kinder haben ein Recht auf Bildung und ein Recht auf Schulbesuch (Art. 28).

Außerdem sei hingewiesen auf die Äußerungen des Leiters des Frankfurter Gesundheitsamts, René Gottschalk, der in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk erklärt hat: „Die Schulschließungen insgesamt haben nicht viel dazu beigetragen, dass die Fallzahlen runtergegangen sind“. Jüngere Schüler seien keine Infektionsquelle, sie steckten Erwachsene nicht an – eher umgekehrt. (Quelle: Frankfurter Rundschau vom 12. Oktober 2020)

Wir tauschen uns zum Schutz unserer Gesundheit mit anderen europäischen Ländern aus. Das sollten wir aber nicht nur zum Reiseverhalten tun, sondern auch zur Beschulung unserer Kinder. Da Deutschland bei der digitalen Bildung lediglich auf Platz 19 liege, so der ebh, wären jetzt erst einmal die Kultusminister an der Reihe, ihre Hausaufgaben zu machen und empfiehlt einen Bildungsurlaub, z. B. in Dänemark, wo Kinder neben ihrem Unterricht in der Schule, auch in Museen, Kirchen usw. ihrem Bildungsanspruch nachkommen können. Bei einem Lock-Down stehe dort Fernlernen auf dem Programm, das den Kindern die zeitlichen und menschlichen Strukturen ihrer Schulgemeinschaft, ihre Lehrerin und das Lernen ohne Mama und Papa gebe. Viele Kinder in Deutschland hätten diese Hilfen nicht, weshalb der Staat hier in der Verantwortung sei und nicht die Eltern.

Die neuen (Familien-)Pläne, die Bildungsvermittlung unserer Jüngsten wieder den Eltern bzw. den Müttern in verlängerten Ferien zu überlassen, könnten nur von Männern kommen, die weder vom Alltag der modernen Familien noch von den sozialen Bedürfnissen der Kinder und deren Bildung eine Ahnung hätten, so der ebh.

Kontakt:

elternbund hessen e. V.
Klaus Wilmes-Groebel
Vorsitzender

Tel.: 0175 / 72 14 707
E-Mail: klaus.wilmes.ebh@posteo.de